Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 55. VII. BAND 1. April 1917.

7
1917

INHALT:



Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.



✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱

Nr. 55. 1. April 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Verkappter Annexionismus.

Ohne sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmengen zu wollen, darf man doch behaupten, dass das, was Deutschland braucht — vor allem Freunde sind. Zuverlässige, starke, leistungsfähige Freunde, besonders an den Grenzen. Die geographische Lage Deutschlands bringt es mit sich, dass Deutschland viel leichter von bösartigen Feinden überfallen werden kann, wie andere glücklicher gelegene Länder; und wenn andere, von der Natur geschützte Nationen es ausserdem auch erreicht haben, von einem Wall guter Freunde umgeben zu sein und über Berge und Ozeane Freunden die Hand reichen zu können, desto mehr müsste ein solcher Zustand auch für Deutschland herbeigewünscht werden.

Mit Verwunderung sehen wir also, dass es in Deutschland noch Köpfe gibt, die in dieser ernsten Zeit nichts besseres zu tun haben, als darüber nachzudenken, auf welche Weise man am besten Deutschland die Nachbarn entfremden und verfeinden kann.

Der unverdächtigte Zeuge, Herr Professor Dietrich Schäfer, hat nachgewiesen, dass Jahrhunderte lang — der polnische Staat bis zu seiner Teilung ein guter Nachbar der Deutschen war. Eine lange Zeit hindurch haben traurige Zustände diese beiden aufeinander angewiesenen Völker auseinandergebracht; endlich erlebten wir das Manifest vom 5. November 1916, das geeignet ist, aus Gegnern Freunde zu machen und der Entwicklung Polens, aber auch der Sicherung Deutschlands eine feste Grundlage zu geben, indem es verspricht, aus den der

russischen Herrschaft entrissenen Gebieten „einen selbständigen Staat zu bilden“. Die Tinte, mit der dieses Manifest geschrieben wurde, war noch nicht trocken geworden, als sich schon Leute gefunden haben, die an den Kaiserworten zu rütteln und zu deuteln versucht haben, um nur das aus ihnen herauszulesen, was den polnischen Nachbarstaat, den künftigen polnischen Verbündeten, mit Misstrauen und Erbitterung erfüllen kann. Wir wundern uns nicht, wenn es Eintagspolitiker tuen oder verbissene Parteifanatiker, die statt Wissen und Gewissen nur Appetit haben. Aber wenn wir diese Arbeit von Personen verrichtet sehen, die den stolzen Namen eines deutschen Gelehrten tragen, und dazu noch von Historikern, die doch von der Geschichte, auch von der Geschichte der Gegenwart etwas gelernt haben müssten, so können wir unsere Verwunderung nicht unterdrücken darüber, dass so wenig Wirklichkeitssinn und Vorausicht bei Männern zu finden ist, die doch über den Gang der Geschichte und die Grundlagen der Zukunft vorurteilslos und wissenschaftlich andere belehren sollen.

Professor Bornhak von der Berliner Universität weiss es von vornherein, dass ein selbständiger Polenstaat wirtschaftlich und politisch die Neigung haben wird, sich an Russland anzuschliessen, „und zwar um so mehr, je weiter seine Grenzen nach Osten ausgedehnt werden, und er von Russland nichts mehr zu erwerben hat — wirtschaftlich, weil die entwickelte polnische Industrie in Russland ihr Absatzgebiet hat, politisch, weil nur im Anschlusse an Russland die Befreiung der preussischen und österreichen Polen und ihre Vereinigung mit dem Königreiche möglich ist. Ein selbständiges Polen müsste für Russland sofort das werden, was Belgien für England und Frankreich war. Gegen die Gefahr, dass ein künftiger Krieg wieder mit der Ueberflutung Ostpreussens und mit dem Kampfe um die Weichsel und Narewfestungen beginnt, bedarf es realer Sicherheiten. Diese Festungen dürfen also

nicht dem neuen polnischen Heere überantwortet werden, sondern müssen von Deutschland und Oesterreich besetzt bleiben. Diesen steht auch als Schutzmächten die Vertretung des Landes nach aussen zu."

Wir wissen wirklich nicht, was in diesen Sätzen mehr zu bewundern wäre, die Kenntnis der Vergangenheit oder die Vorsorge für die Zukunft. Jedermann, der mit der Geschichte Polens oder Russlands vertraut ist, weiss es, dass wegen der Herrschaft über die weissruthenisch-katholischen Gebiete Russland seit dem 15. Jahrhundert mit Polen fast unaufhörlich im Kriege lag; dass Russland seine Ausdehnungstendenzen gegen das Zentrum Europas oder, wie die Russen es nennen, „das Sammeln der russischen Länder", zu denen sie ohne jedes Recht auch Weissruthenien und manche polnische Gebiete zählen, nie aufgeben wird, weder das zarische Russland, noch das kadettische, da Miljulkow bekannterweise ein noch besserer Imperalist ist wie mancher Zar es war. Die Befestigung des polnischen Staatswesens auf diesem seit Jahrhunderten strittigem Punkte zieht notwendigerweise eine Frontstellung Polens gegen Russland auf Jahrhunderte nach sich; hier kann nur Polen mit den Autochtonen oder Russland herrschen; jeder Pole, der dort ansässig sein wird, wird sich wohl hüten, die so lange einer Russifizierung ausgesetzten Landesteile einer neuen russischen Gefahr auszusetzen. Schon das allein verweist den polnischen Staat auf die Freundschaft der Zentralmächte, ohne die seine östliche Grenze immer in der grössten Gefahr schweben würde. Das ist unserer Meinung nach eine bessere Garantie für die gemeinsamen polnisch-deutschen Beziehungen, als es die von Prof. Bornhak verlangten Machtgarantien wären. Die wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, die Polen hier harren, dürften ein Jahrhundert Arbeit in Anspruch nehmen; das würde den Sinn und das Tun der Polen beschäftigen, nicht eine Irredenta, das ist „Befreiung von Brüdern", die, wenn es ihnen gut geht, garnicht befreit werden wollen. Die Wegnahme von

Festungen, die Aberkennung eigener Vertretungen im Auslande usw., das würde den „selbständigen" polnischen Staat zu einem Scheinstaat machen — und erst das würde alle die aufrührerischen Gefühle hervorrufen und nähren, die der Verfasser befürchtet und vor denen keine Festung und offizielle Diplomatie Schutz bieten kann. Das würde den „selbständigen" polnischen Staat auf das Niveau der vom Verfasser als Schulbeispiel angeführten Republik Krakau herabdrücken, die, wie Prof. Bornhak berichtet, auf dem Wiener Kongress 1815 gegründet, unter der gemeinsamen Protektion der drei Ostmächte, 1846 aber Oesterreich einverleibt wurde — durch die ganze Zeit lang jedoch, müssen wir das Bild vervollständigen, eine traurige Scheinexistenz führte, unter der Polizei der drei Schutzmächte, ein Spielball allerlei fremden Intrigen, für jeden Polen die unerfreulichste Erinnerung zurücklassend. Ein abschreckenderes Beispiel konnte Herr Prof. Bornhak wirklich nicht anführen.

Im grossen und ganzen müssen wir dieselben Einwendungen auch gegen die Ausführungen des Herrn Professor Erich Brandenburg ins Feld führen. Professor Brandenburg hält es für zweifellos richtig, dass die kleineren und schwächeren Völker genau so gut ein Recht auf die volle Entwicklung ihrer Eigenart haben, wie die grossen. Mit Vergnügen begrüssen wir diese Aeusserung; wenn aber der Verfasser meint, „ein wirkliches Recht auf völlig selbständige p o l i t i s c h e Existenz kann nur ein Volk beanspruchen, das im Stande ist, seine Unabhängigkeit, wenn sie bedroht ist, selbst zu verteidigen", so müssen wir antworten, dass es heute kein, wenn auch noch so grosses Volk gibt, das im Stande wäre, sich in einem Weltkriege selbst zu verteidigen. Das ist die grosse Lehre des jetzigen Völkerringens; nicht auf die numerische Zahl eines Volkes kommt es jetzt an, — Polen gehört übrigens nicht zu den kleinen Völkern — sondern auf dessen Bündnisse. Im Bündnis mit den Zentralmächten möchten wir Polen

sehen, dazu gehört aber eine moralische und eine politische Geneigtheit der Polen, die mit allen Mitteln gefördert und nicht geschwächt werden darf. Prof. Brandenburg gibt übrigens zu, dass „die Polen würden die erforderliche Volkszahl haben, um einen eigenen Staat von einer gewissen Stärke zu bilden“, und indem er das einsieht, möchte er eben alles tun, um diesen Staat „von einer gewissen Stärke“ mit Unwillen und Missmut zu erfüllen. Er verlangt also, dass Teile deutscher Truppen dauernd an den wichtigsten Punkten der Schutzebiete aufgestellt bleiben, dass militärisch wichtige Punkte in deutscher Hand behalten werden, was natürlich doch das beste Mittel wäre, fortwährend Reibungen und Verfeindung hervorzurufen. Wir besprechen nicht weiter die Ideen des Verfassers auf dem Gebiete des Militärwesens aus leichtbegreiflichen Gründen; er möchte die Verteidigung des Landes dem Deutschen Reiche überlassen, wofür seitens der Polen eine Entschädigung in Geld gezahlt werden soll, die dem Deutschen Reiche zur Erleichterung der eigenen finanziellen Lasten dienen kann. Der Verfasser scheint zu meinen, dass über eine Million Männer im wehrkräftigen Alter, die zur Verteidigung des Landes unter eigenen Fahnen nicht zugelassen, dagegen aber mit pekuniären Lasten zu Gunsten des Schutzherrn belastet sind, einen ruhigen Stützpunkt der deutsch-polnischen Zukunft bilden werden. Im Altertum wurden durch solche Zustände oftmals sogar Sklaven zur Auflehnung getrieben. Was die diplomatische Vertretung anbetrifft, geruht Herr Prof. Brandenburg — klüger als Herr Prof. Bornhak — dieselbe den Polen zu gewähren, da sonst die Gefahr heimlicher Verbindung mit den Gegnern Deutschlnnds heraufbeschworen werden könnte; nur soll diese Diplomatie keine Selbständigkeit geniessen. Der Verfasser scheint zu meinen, dass die Kandidaten für die polnischen Diplomatenposten grosse Kinder sind, denen es auf den goldbestickten Frack ankommt; schliesst übrigens dieser goldbestickte Frack die Möglich-

keit einer geheimen Diplomatie aus? und würde dazu nicht ein Land getrieben werden, das jeder Selbständigkeit — auch auf dem Gebiete der wichtigsten Hauptverkehrslinien — entbehren muss?

Professor Brandenburg lässt sich zu einer Wendung hinreissen, dass „ein grosser Teil der Polen uns ebenso „feindlich gegenübersteht, wie etwa die Belgier". Gegen diese Suggerierung des Lesers durch einen ernsten Mann müssen wir uns mit voller Bestimmtheit verwahren. Wir bitten um Beweismaterial. In Polen gab es keine feindliche Armee, keine Franktireurs, keine feindlichen Kundgebungen. Mit solchen Behauptungen wird nur der Entente gedient, die nichts mehr wünscht, als Dokumente, dass Polen sich gegen die Deutschen auflehnt. Das ist schon unrichtig für die Gegenwart, und sollte es nach unserem Wunsche gehen, so würde es unmöglich für alle Zeiten bleiben. Dazu gehört aber, dass in Polen moralisch Fuss gefasst wird, und dazu sind die verkappt annexionistischen Ideen der Herren Bornhak und Brandenburg gewiss nicht geeignet. Im Gegenteil, sie bringen den grössten Schaden der Sache, der sie dienen wollen, das ist der Zukunft Deutschlands. Wir möchten unsererseits solche Zustände in Polen jetzt schon herbeiführen, dass bei einem etwaigen europäischen Kongress, bei den Friedensverhandlungen, wenn möglich das ganze polnische Volk sich an die Seite der Zentralmächte stellt. Annexionistische Ideen in dieser oder in jener Form führen zu diesem Ziele gewiss nicht. Auch erleichtern sie nicht die grosse historische Aufgabe, die darauf beruht, in aller Zukunft Frieden, Eintracht und kulturelle gemeinschaftliche Arbeit zwischen Deutschland und Polen zu ermöglichen. Mit lauter „Machtmitteln" kommt man in diesen Sachen nicht weit, besonders in Polen, das sich in jahrhundertelangem Kampfe verteidigungsfähig erwiesen hat. Zu anderen Mitteln muss gegriffen werden, sollte unser Zweck, der doch auch Ziel der Mehrheit des deutschen Volkes ist, erreicht werden, d. i.: der

selbständige polnische Staat als treuer Bundesgenosse der Zentralmächte.

Zur polnischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.

(Fortsetzung.)

3. Ursprung und Wesen des polnischen Adels. — Ebenso wunderliche und den Tatsachen vollkommen widersprechende Ansichten, wie über die Wirtschaftsstufe Polens vor der Kolonisation auf Grund des deutschen Rechtes, äussert Herr L. auch über die Herkunft und über die wirtschaftliche und soziale Rolle des polnischen Adels. „Polnische Historiker bekennen sich in der Mehrzahl . . . zur Ansicht, die Invasion eines Fremdvolkes habe ein Herrschaftsgebäude über eine unterworfene Unterschicht errichtet . . . Nur über die Herkunft jenes fremdstämmigen Adels bestehen Zweifel. In der Regel wird nach der Analogie der normännischen Waräger angenommen, dass . . . skandinavisch-germanische Stämme in Polen eingedrungen wären. Dieser Annahme wiederspricht aber alles, was wir über Charakter und Habitus der polnischen Adelsklasse wissen . . .“ (S. 158-159), „Wir brauchen uns nur an die . . . Tracht des . . . polnischen Schlachtzizen . . . zu erinnern, um den Eindruck zu gewinnen, dass ein östliches, vielleicht finnisch-tatarisches Reitervolk hier die Herrschaft über eine andersgeartete Unterschicht (das polnische Bauernvolk scheint Herrn L. keltischen Ursprungs zu sein) gewonnen hat“ (S. 160). Also Kelten plus finnisch-tatarisches Reitervolk gleich polnische Slaven; und das ist für Herrn L. die beste Lösung der Frage der Herkunft des polnischen Volkes. Man muss hier die grosse Leichtigkeit in der Verbindung ganz entfernt liegender Hypothesen bewundern. Die polnische Historiographie nach 1850 bringt zwei bemerkenswerte Invasionshypotesen: K. Szajnocha (normännische

Invasion), veröffentlicht im Jahre 1868 und F. Piekosiński (Invasion eines slavischen, unter Einfluss der normanischen Kultur stehenden Stammes aus den sächsisch-dänischen Grenzlanden an der Elbemündung), veröffentlicht im Jahre 1881. Die Ansichten beider Gelehrten, die zweifelsohne wegen des unternehmungslustigen Eroberungsgeistes und der umfassenden staatenbildenden Schöpferkraft der skandinavischen Völker eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich haben, haben aber wegen Fehlens jeglicher positiven Beweise bei anderen polnischen Historikern keinen Anklang gefunden. Zu erwähnen wäre noch, dass der bekannte Soziolog, Ludwig Gumplowicz, der die Anfänge einer Staatenbildung überhaupt in der Invasion sieht, auch den Anfang des polnischen Staates durch das Eindringen eines fremden Eroberers erklärt, wenn er auch diese Anschauung nicht weiter ausführlich begründet hat. Im Uebrigen erklärt sich keiner der gegenwärtigen polnischen Geschichtsforscher für eine konkrete Theorie einer fremden Invasion, wenn sie auch alle anerkennen, dass der polnische Staat durch eine innere Eroberung, d. h. durch einen Zwang zur Unterwerfung der einzelnen Stämme durch die Dynastie der Piasten an der Spitze der Warta-Polanen entstanden ist; einige sind sogar geneigt, im Prinzip die Möglichkeit einer fremden Invasion anzunehmen, aber sie stellen zugleich fest, dass hierfür jegliche Beweise fehlen. Die politische Evolution und die wirtschaftliche (besitzliche) Differenzierung genügen Prof. Kutrzeba und der Allgemeinheit der polnischen Historiker vollständig zur Begründung der Ursachen der ständischen Differenzierung in Polen.

Die Annahme einer östlichen, vielleicht finnisch-tatarischen Herkunft des polnischen Adels wurde Herrn L. nahegelegt durch die laut bekannt gewordene Schrift von J. Peisker über die Knechtung der Slawen durch die T u r k o t a t a r e n und Germanen in den vorgeschichtlichen Zeiten; diese Theorie ist aber einstimmig und entschieden, als vollkommen unbegründet und ge-

radezu phantastisch, abgelehnt worden. Herr L. stützt sich hierbei auf die Tracht und Bewaffnung des Adels und seiner Gefolgschaft im 17. und 18. Jahrhundert, die allerdings an die Tracht der östlichen, die Ufer des Schwarzen und Kaspischen Meeres bewohnenden Stämme erinnern. Herr L. irrt sich jedoch, wenn er diese Einflüsse orientalischer Kultur für ursprünglicher und stärker hält, wie die westlichen Einflüsse. Die Ursache dieser Einflüsse war der armenische Handel, mit dem die Polen erst nach Einnahme von Rot-Ruthenien in der Hälfte des 14. Jahrhundert in Verbindung getreten waren, ausserdem wirkten hier auch die Kämpfe mit den Tataren, die zu Ende des 15. Jahrhunderts an Bedeutung zunahmen, und das Kosakentum, das sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts konsolidierte, ein; schliesslich auch die Verlegung eines ständigen, erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstandenen polnischen Heeres an die süd-östliche Grenze Polens hat dabei mitgewirkt.

Forschungen über die alten polnischen Trachten habenJan Matejko, der ausgezeichnetste polnische Maler, und W. Eljasz-Radzikowski und Z. Glogier angestellt. Ihre Forschungen sowie die Denkmäler und Ueberlieferungen der Kunst früherer Zeiten stellen es als über jeden Zweifel erhaben fest, dass die Tracht und Bewaffnung des polnischen Adels sich verhältnismässig sehr wenig unterschieden haben von dem westlichen Europa bis zum 16. Jahrhundert. Im Laufe dieses Jahrhunderts gewannen orientalische Einflüsse an Bedeutung, bis schliesslich diese Einflüsse während der unaufhörlichen türkisch-tatarischen und kosakisch-moskowitischen Kriege im 17. Jahrhundert ihre grösste Stärke erreichten, um dann, von der Hälfte des 18. Jahrhunderts an, von den westeuropäischen, d. h. französischen Einflüssen abgelöst zu werden. Es war dies die gleiche Mode, wie zu gleicher Zeit in Deutschland die französische Mode, die hier sogar bei den Bauern Eingang gefunden hat. Die orientalischen Einflüsse haben es nicht ver-

mocht, die ureigensten Grundlagen der polnischen Adelstracht, die die gleiche war, wie bei den Bauern, zu verdrängen. Den einseitigen Säbel und das zweischneidige Schwert gebrauchten die Polen während der ganzen Zeit ihrer historischen Existenz; der Säbel war übrigens auch den skandinavischen Völkern vom 9. Jahrhundert ab nicht fremd.

Es ist bezeichnend, dass Herr L. die reiche anthropologische und ethnografische polnische Literatur nicht beachtet hat, aus der er hätte erfahren können, dass zwischen dem polnischen Adelsstand und Bauernstand keine wesentlichen Unterschiede bestehen, wie dies die Forschungen von Prof. Talko-Hryncewicz*), Olechnowicz, L. Krzywicki**) und Rutkowski beweisen. Die Polen sind keine reine Rasse, sondern sie stellen in ihren sämtlichen sozialen Schichten eine Mischung verschiedenartigster anthropologischer Elemente dar. Ein Uebergewicht oder selbst eine grössere Beimischung des mongolischen Typus hat bis jetzt bei dem polnischen Adel noch niemand feststellen können, weder von Seiten der Anthropologen, noch von Seiten der sozialen und historischen Forscher.«

In den ältesten Quellen finden sich keine Spuren irgendwelcher ethnografischen Unterschiede zwischen dem polnischen Adels- und Bauernstand. Peisker konnte für seine excentrische Theorie der Herrschaft turko-tatarischer Hirten-(żupane) über den slavischen Landbauern-(smerden) in Polen keinen einzigen Beweis anführen, trotzdem Polen doch das am meisten klassische Land der politischen und sozialen Adelsvorherrschaft ist. Im Gegenteil, die in den ältesten Quellen überlieferten Namen der Bauernbevölkerung und der Herren sind sla-

*) J. Talko-Hryncewicz: Der ukrainische Adel, Krakau 1897.

**) L. Krzywicki: Die physische Charakteristik der Bevölkerung der polnischen Länder und der Nachbargebiete, im I. Band der polnischen Encyklopedie, herausgegeben durch die Akademie der Wissenschaften in Krakau, Krakau 1912, Seite 465-654.

visch und beiden Ständen gemeinsam.*) Die Aehnlichkeit der Bauernnamen der ältesten polnischen Urkunden mit keltischen Namen, die Herr L., sich auf Adler berufend, auf Seite 159 anführt, hat keine Bedeutung (zum Teil stammt sie von der schlechten Entzifferung der Urkunden), da es eine notorisch feststehende Tatsache ist, dass sowohl die slavischen und germanischen, wie die germanischen und keltischen und die keltischen und slavischen Völker verhältnismässig ziemlich zahlreiche gemeinsame Wertstämme haben, die sie bei Bildung von Personennamen benutzt haben. Heute, wo die Untertanschaft der Bauern der Vergangenheit angehört und fast schon vergessen ist, und wo die Landbevölkerung in zunehmendem Masse intensiven Anteil am nationalen Leben nimmt, stellen sämtliche Beobachter fest, dass das polnische Bauernvolk die gleichen Charaktereigenschaften, die gleichen Fehler und Vorzüge aufweist, wie der polnische Adel.

Ungeachtet der grossen ständischen Geschlossenheit des polnischen Adels finden sich in ihm auch fremde Elemente und zwar sehr zahlreiche. Sie treten den polnischen Adel bei sowohl auf legalem wie auf illegalem Wege während der ganzen Geschichte des unabhängigen Polens. Zwei fünftel, vieleicht sogar die Hälfte des angesehensten polnischen Adels bestehen aus zugewanderten Elementen.

Schon der älteste polnische Chronist, Gallus, bezeugt, dass der König Bolesław Chrobry (der Tapfere) sich über die Gewinnung eines jeden fremden Ritters freut, ferner, dass mit dem Fürsten Kazimierz Odnowiciel (dem Erneuerer), dem Sohn Mieszkos I und der Richeza, der Enkelin Otto II, 500 deutsche Ritter nach Polen gekommen waren, von denen sicher ein bedeutender Teil nicht gefallen oder zurückgekehrt, sondern in Polen ge-

*) Fr. Bujak: Studien zur Besiedlung Kleinpolens, Teil I, in den Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften, historisch-philosophische Abteilung, Band 47, Seite 62-68.

blieben war. Aus Deutschland, Flandern und Frankreich kamen in den ersten drei Jahrhunderten der Christenheit sehr viele Geistliche nach Polen, die die bischöflichen Stühle und Kapitel besetzten; von hier leiten fast sämtliche polnische Benediktiner-, Prämonstratenser- und Cistercienser-Klöster ihre Anfänge her. Die weltlichen und klösterlichen Geistlichen zogen dann zahlreiche Anverwandte nach Polen nach sich, die angesehene Stellungen einnahmen; dies bezeugen polnische Urkunden aus dem 12. und dem Anfange des 13. Jahrhunderts. Im Uebrigen konnten die weltlichen Geistlichen in Polen bis zum Anfang des 13. Jahrhunderts Ehen eingehen; ihre Nachkommenschaft konnte demnach gleichfalls zur Vergrösserung der tonangebenden Schichten in der polnischen Gesellschaft beitragen.

Neuere polnische Forschungen haben gezeigt, dass die berühmte Wikingerkolonie in Jomsburg oder Julin, an der Odermündung, im Lehnsverhältnis zu den polnischen Herrschern stand*). Aus Skandinavien leitet seine Abstammung das mächtige Geschlecht der Łabędzie (Schwäne) her, dem der berühmte Piotr Dunin (12. Jahrhundert) angehört hat, und das Geschlecht der Habdank, deren eigentlicher Name Awdaniec lautet, (vom skanadischen Worte Auda — der Reichtum), wie dies Prof. Semkowicz nachgewiesen hat. Derselbe Gelehrte beschäftigte sich überhaupt mit der Genesis der ältesten Adelsgeschlechter und gelangte hierbei zu ganz unerwarteten Ergebnissen. So stammen aus dem böhmischen Lande die Geschlechter Pałuka, Poraj (Geschlecht des Hl. Adalbert), Werszowiec-Rawicz, die schon um das Jahr 1000 nach Polen gekommen waren, ferner die Wieniawa, Zaręba, Kołda-Okszyc, Sternberg, und Odrowąż**). Aus der

*) K Wachowski: Jomsburg (Die Normannen und Polen im 10. Jahrhundert), Arbeiten der Warschauer Gelehrten Gesellschaft, II. Abteilung Nr. 11, Warschau 1914, Seite 1-38.

**) Wł. Semkowicz: Methodisch-kritische Bemerkungen über die Herkunft und Ansiedlung der polnischen mittelalterlichen Ritterschaft, in den Abhandlungen der Akdemie der Wissenschaften, historisch-philosophische Abteilung, Krakau 1911

Lausitz stammen die Geschlechter: Boruta, Kietlicz, Kopacz, Kordbog, Wadwicz, Wezenbork, Wierzynek, Gryzyna. Aus dem Meissner Lande kommen her: Biberstein, Glaubicz, Wangroda. Aus Hessen: Herbut und Larysz-Glezyn. Von den Geschlechtern, die im 13. und 14. Jahrhundert aus Schlesien nach anderen weiterhin zu Polen gehörenden Ländern gekommen sind, war zweifellos ein bedeutender Teil, vielleicht die Mehrzahl, solche, die im 12. und 13. Jahrhundert aus den deutschen Ländern nach Schlesien gekommen waren, so z. B. Donaw, Framberg, Gero, Geralt, Glezyn, Roman, Radwan, Lebel, Kornicz. Auch Ungarn hat einen Teil geliefert, z. B. Amadej, Ratold. Aus Rumänien stammt, neben einer Reihe anderer das weitverzweigte Geschlecht der Sas. Im 15. Jarhundert sind zahlreiche adelige Geschlechter deutscher Abstammung, die in Westpreussen wohnten, dem polnischen Adel beigetreten. Im 16. Jahrhundert erhöht sich die Zahl des polnischen Adels um mehrere hundert deutscher Geschlechter, die in Livland und Kurland ansässig waren. Eine ebenso wichtige Etappe für den Uebertritt deutscher Elemente in die Reihen des polnischen Adels waren die Dorfschulzeien und Stadtvogteien, deren Inhaber, als zum Kriegsdienst zu Pferde verpflichtet, adelige Rechte erhielten; dies wird durch die Landesstatuten Kazimierz's des Grossen bewiesen (in der Hälfte des 14. Jahrhunderts).

Aus den fleissigen Studien Prof. Jan Ptaśniks erfahren wir, wie gross die Zahl der aus dem reichen Bürgerstand von Krakau, Nowy Sącz, Sandomierz und Lublin hervorgegangen adeligen Geschlechter war, die sich ausser dem Handel, auch mit Bergbau, Pacht der Salinen, Zölle und Münzen, sowie mit der Gründung von Dörfern auf Grund des deutschen Rechtes beschäftigen. „Man darf sagen, dass fasst alle Lokatoren dem Adel beigetreten sind, denn ausser den Salzgerechtsamen besassen sie auch andere Landgüter. Eine sehr grosse Zahl des Adels der Gegenden um Krakau, Sącz und Sandomierz stammt von Stadtbürgern dieser Gegenden

ab, von Kaufleuten, Handwerkern, und vor allem, von Ortsvorstehern und Dorfschulzen".*)

(Fortsetzung folgt.)

Fr. Bujak.

Brief aus Warschau.

Warschau, den 20. März 1917.

Man richtete oft an uns Ermahnungen, dass ein Staat nicht auf einmal aufgerichtet werden kann, dass man ihn nur allmählich aufbauen kann und dergl. mehr. Inwiefern das richtig ist, wissen wir sehr gut, da wir nicht ein Staat wie die Serben, Rumänen oder Bulgaren sind, die mehr wie ein halbes Jahrtausend von ihrer staatlichen Vergangenheit entfernt waren, keine Intelligenzklasse, keine technisch vorbereiteten Kräfte besassen, um die Aufgaben einer Staatenbildung auf sich zu nehmen, als ihnen das historische Schicksal gütig zuwinkte. Und dennoch wurden diese Staaten gegründet und traten ihre historische Laufbahn an.

Wir aber befinden uns in der sonderbaren Lage, dass wir sämtliche staatsbildende Elemente bereits besitzen. Woran es uns mangelte, das war der einheitliche kräftige Wille zur Staatsschaffung. Die historischen Ursachen, die unseren Willen gespalten haben und eine energische Betätigung auf dem uns gegebenen politischen Gebiete nicht zuliessen, sind allgemein bekannt. Die letzten Monate haben aber bewirkt, dass dieser Wille zum Aktivismus immer weitere Kreise sämtlicher Gesellschaftsschichten erfasst; gleichzeitig bringt er bisher verborgene Kräfte ans Tageslicht, die vortrefflich dazu geeignet sind, die auf uns wartenden historischen Aufgaben zu bewältigen.

---

*) J. Ptaśnik: Studien über das Patriziertum von Krakau der mittelalterlichen Zeiten, im Krakauer Jahrbuch, Band 15, 1918, Seite 27.

Welche Fülle von tüchtigen Kräften und tatendurstigen Menschen wir besitzen, wie sehr diese vom Schaffensdrang beseelt sind, erwies sich bei der unlängst stattgefundenen Tagung, die der Direktor der Inneren Angelegenheiten des Staatsrates nach Warschau einberufen hat.

Am 16. und 17. d. M. hatte diese Zusammenkunft stattgefunden, der grosse Technikersaal war zu klein, um sämtliche Gäste fassen zu können; gegen tausend Anwesende aus den verschiedensten Ortschaften beider Okkupationsgebiete wurden gezählt. Die Ehrenplätze auf dem Podium nahmen unter anderen die deutschen Kommissare beim Staatsrat, Herr Graf Lerchenfeld, Graf Hutten-Czapski und Zychliński ein, die österreichischen — Herr Iszkowski und Hofrat Rosner, wie auch der Stadtpräsident, Fürst Lubomirski. Und doch wurde keine grosse Agitation getrieben, um all diese Herren zur Besprechung der Verwirklichung des polnischen Staatswesens hier zu versammeln; es vereinte sie hier nur — wie Herr Łempicki in seiner Begrüssungsansprache ausführte — das Gefühl, als Motor vom Verstande geleitet.

Die Hauptideen, die dem polnischen Staatsrat gegenwärtig vorschweben, erörterte in einer längeren Rede Direktor der politischen Angelegenheiten des Staatsrates, Graf Rostworowski.

Die Unabhängigkeit Polens — so führte er aus — ist jetzt in aller Munde, es spricht von ihr die Entente, Amerika, ja selbst Russland beginnt es unklar zu erwähnen. Wir müssen den gegenwärtigen Krieg benutzen, um das Aeusserste zu erringen. Er besprach die im Lande herrschenden politischen Ansichten, indem er gleichzeitig den Ausgangspunkt der Politik des Staatsrates auseinandersetzte. Bei Charakteristik der herrschenden Anschauungen betonte der Vortragende, dass die polnische Frage bei der Gesellschaft selbst und zwar durch ein polnisches Heer auf die Höhenstufe einer internationalen Angelegenheit gebracht werden

kann. Nicht im Namen einer Neutralitätsparole muss man die Armee einberufen, sondern wir müssen sie kampfesbereit machen. Er betonte auch, dass der provisorische Staatsrat keine Regierung sei, sondern vielmehr die erste Zelle zum Aufbau einer solchen, und diesen Aufbau hat sich der Staatsrat zur Aufgabe gestellt. Der provisorische Staatsrat strebt danach, die Exekutivkraft in seinen Händen zu vereinigen, man muss jedoch noch mit Schwierigkeiten und allerlei Hindernissen rechnen. Wie diese Nationalarmee zu organisieren wäre, erörtert in einem fachmännischen Referat Brigadier Piłsudzki.

Ueber das Tätigkeitsprogramm auf dem Gebiet des polnischen Finanzwesens referierte das Mitglied des Staatsrates und Direktor des Finanzdepartements St. Dzierzbicki.

Es ist leider in Anbetracht der Kriegsverhältnisse, sowie der militärischen Okkupationsbedingungen, — so führte er aus — nicht möglich, dass der provisorische Staatsrat schon jetzt und wohl auch in allernächster Zukunft das Finanzwesen in seine Hände nimmt. Dies muss noch vorlaufig den Okkupationsmächten gelassen werden, die der Vortragende als Verwalter des Landes und dessen Wirtschaftswesens betrachtete.

Als erste Aufgabe des Schatzdepartements wären folgende Punkte zu nennen: 1) genaue Kenntnis der vergangenen und gegenwärtigen Finanzwirtschaft im Lande, sowie Ausarbeitung eines Projektes der eigenen Finanzwirtschaft, die sich unseren Bedingungen anpassen soll. 2)Vorbereitungsmassnahmen zum Schutz der Interessen unseres Landes für die Uebergangszeit bei Liquidation des Krieges und für die Abrechnung sowohl vor allen Dingen mit Russland, wie auch mit den Nachbarstaaten. Vorbereitung des Materials zur Ordnung unserer zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit den Nachbarländern, für die Zoll- und Handelsverträge und schliesslich 3) die Regulierung des Kredits und seine Organisation für heute und die Zu-

kunft. Unumgänglich notwendig sind uns im grossen Masstab angelegte Krediteinrichtungen: das Ordnen der Verhältnisse bei den Kreditanstalten, sowie die Organisierung und Begründung städtischer Krediteinrichtungen, auf denen vor allen Dingen die Kreditwirtschaft unserer künftigen Regierung beruhen soll. Höchstwahrscheinlich wird sich der provisorische Staatsrat mit diesen Arbeiten beschäftigen.

Zum Schluss widmete Direktor Dzierzbicki einige Worte der öffentlichen Opfertätigkeit für den polnischen Staatsschatz, über die dem Staatsrat verschiedentlich von allen Seiten Nachrichten zugehen. Um diese Bewegung einheitlich zu gestalten, wird ein Statut ausgearbeitet, das ein „Komitee für nationale Opfertätigkeit" schaffen und Geldsammlungen für Unterstützung der Soldaten und deren Angehörigen und der Invaliden veranstalten soll; als Vorrat für den polnischen Schatz: Sammeln von Spenden für verschiedene nationale Zwecke zur Verfügung des Staatsrates.

Prof. Dr. Józef Buzek referierte über den Bau des Staates. Er betonte, welch grosse Bedeutung die eigene Energie und der Wille des Volkes im Schaffungsprozess eines Staates bedeuten und bemerkte, dass die Ausarbeitung der politischen Grundlagen in Bearbeitung ist. Ein Verfassungsprojekt ist gleichfalls in Vorbereitung, man beginnt auch bereits mit der allmählichen Organisierung des Verwaltungs- und Gerichtswesens. Zum Schluss seiner Vorlesung forderte der Vortragende zur energischen Mitarbeit auf.

Das Mitglied des provisorischen Staatsrates, L. Grendyszyński, berichtete über die Organisierung der Selbstverwaltung. Die Arbeiten des Staatsrates auf diesem Gebiete schreiten vorwärts. Man begann mit der Organisierung der Dorfgemeinden, die die erste Stufe der Selbstverwaltung bilden und wird hierbei bedeutende Verbesserungen einführen. Die im Jahre 1864 aufgehobenen Gemeinderäte werden wiederhergestellt, erhalten Exekutivgewalt und werden das Gemeinderechnungs-

wesen verwalten. Der Gemeinderat wird aus dem Dorfschulzen, seinem Vertreter und 9 gewählten Gemeindevertretern bestehen.

Mit nicht endenwollendem Beifall wurde das Referat des Obersten Sikorski über die Legionen und die polnische Armee aufgenommen. Der Redner betonte die historische Rolle, die die Legionen bisher gespielt haben; für die Welt waren sie ein zwingender Beweis des Bruches Polens mit Russland, wodurch die polnische Frage zu einer internationalen geworden war; für die Polen aber sind sie ein Exponent der Bedeutung einer nationalen Wehrmacht. Die Rolle der Legionen ist aber noch nicht abgeschlossen, sie stehen jetzt vor einer neuen Aufgabe, sie sollen die Kadres der neuen polnischen Armee bilden.

Allgemein werden, so führte Oberst Sikorski aus, die rechtlich-politischen Schwierigkeiten hervorgehoben, die bei der Aufstellung der polnischen Armee zu überwinden sind. Es dürfte daher von Nutzen sein, diese Schwierigkeiten gründlicher zu erörtern, weil dadurch leichter Mittel gefunden werden können, ihrer Herr zu werden. Am wichtigsten ist die Frage, ob eine Rekrutierung vom Standpunkt des internationalen Rechtes zulässig ist. Der Redner ist nun der Ansicht, dass kein Rechtsgrundsatz durch die Bildung der polnischen Armee verletzt wird. §§ 23, 52 und 45 der Haager Konvention verbieten die Indienststellung der Bevölkerung besetzter Territorien gegen ihr eigenes Volk, gegen ihr Vaterland. Russland ist aber nicht unser Vaterland, und wir werden zu den Waffen gerufen werden nicht von Seiten fremder Eroberer, sondern durch unsere eigenen Vertreter.

Diese Kommentierung gründet sich nicht allein auf logischen Gedankengang und entspringt unserem bewusst gewordenem Gefühl, sondern sie findet ihre Berechtigung auch in zahlreichen historischen Präcedenzfällen; im Jahre 1806 und 1807 hat General Dąbrowski mit der Bildung der polnischen Armee begonnen, ohne

erst auf die Festsetzung der rechts-politischen Verhältnisse der polnischen Länder durch Napoleon zu warten; Russland hat Finnland vor Beendigung des Krieges mit Schweden annektiert; ebenso verhielt es sich mit Griechenland im Jahre 1821 und mit Bulgarien, als der russische Fürst Czerkasskij die Zivilverwaltung Bulgariens organisierte und der Grossfürst Nikolaj Nikolajewitsch noch vor dem Frieden von St. Stefano bulgarische Legionen gegen die Türkei bildete. Sind denn die Rechte des polnischen Volkes auf Selbständigkeit geringer, wie diejenigen des jungen slavischen Balkanvolkes? Die Bedeutung der polnischen Armee haben Fremde ausgezeichnet begriffen, denn der statistische Artikel über die polnische Wehrkraft aus den „Wiadomości Polskie" ist durch die ganze Ententepresse gegangen und hat dort grosse Beunruhigung hervorgerufen. Auf jeden Schritt, der zur Bildung der polnischen Armee führt, wird von jener Seite scharf geachtet. Diese Fremden, so schloss Oberst Sikorski, haben es begriffen und gewürdigt, es ist Zeit, dass auch wir selbst es begreifen.

Diese Ausführungen des Obersten Sikorski haben bei den Versammelten lebhaften Beifall ausgelöst; ebenso einheitlich war auch die Zustimmung in einer anderen wichtigen Angelegenheit, nämlich in der Notwendigkeit, die Autorität und die Tätigkeit des Staatsrates zu unterstützen. Die Delegierten aus dem Lande versicherten feierlich ihre Bereitwilligkeit zu Gehorsam, Disziplin und Opfertätigkeit.

Es wurde den Versammelten ferner klargelegt, dass gewisse Gebiete der Landesverwaltung demnächst durch die polnischen Behörden übernommen werden, andere wieder erst nach dem Kriege. Zu den ersten gehören: das Schulwesen, das Gerichtswesen, das öffentliche Gesundheitswesen und dergl. Andere Teile des Verwaltungswesens, die unmittelbar die Interessen der Okkupationsmächte und ihrer Armeen betreffen, müssen noch in der Hand derselben bleiben.

Die Beratung hat gezeigt, dass die allgemeine An-

sicht über die Frage der Bildung des polnischen Heeres folgende ist:

1) Das Land erklärt sich für die sofortige Aufstellung einer Armee, die auf den Legionen, als Grundstock, beruht.

2) Das Land erwartet, dass vom Anwerbungssystem zur Zwangsrekrutierung übergegangen wird.

3) Das ganze Land fühlt, dass der einzige Weg zur Bildung einer starken Armee die Rekrutierung ist, die als Pflicht, auf Grund eines durch den Staatsrat, die polnische Regierung, erlassenen Gesetzes zu gelten habe.

4) Das ganze Land erwartet, dass der Staatsrat allmählich alle Zweige des nationalen und staatlichen Lebens übernehmen, und die Ernennung der Zivil-Kommissare baldigst erfolgen wird.

Die Warschauer Versammlung hat gezeigt, dass das Königreich Polen in allen wichtigsten Gegenwartsfragen einig ist und eine grosse Zahl von Persönlichkeiten besitzt, die unter Führung des Staatsrates an die Verwirklichung aller wichtigen Forderungen treten werden.

Der Staatsrat beginnt in der allernächsten Zeit mit der Ernennung von ca. 600 Landeskommissaren, womit der so notwendige Apparat der über das ganze Land verstreuten Hilfsorgane geschaffen sein wird. Die Menschen leben sich am besten in neue Verhältnisse bei der praktischen Arbeit ein. Wir erwarten, dass der Staatsrat und sein Beamtenapparat das nötige erweiterte Tätigkeitsgebiet haben werden und hoffen auch, dass durch die demnächst bevorstehende Uebernahme des Schul- und Gerichtswesens durch den Staatsrat, diese Beamtenzahl sich noch erhöhen wird. Auf diese Weise werden wir anstatt der Versprechungen Russlands und der Entente, ein vom Fundament aus sich neu aufbauendes polnisches Staatswesen haben.

Piotr Warszawski.

Pressestimmen.

Deutsche Presse.

Im **„Berliner Tageblatt“** vom 25. März 1917 schreibt über die Minoritäten in Polen Exzellenz Freiherr v. Rechenberg, Mitglied des Reichstags. Der ausgezeichnete Kenner der Verhältnisse (Exzellenz v. Rechenberg war seinerzeit Generalkonsul in Warschau) schreibt:

„In den Weichselgouvernements wohnen ausser den Polen Litauer (im Gouvernement Suwałki über 300000), Ukrainer (ungefähr 420000, hauptsächlich in den Gouvernements Lublin und Siedlce) und Deutsche (über 400000; hauptsächlich in den Gouvernements Petrikau, Warschau und Kalisch). In den litauischen Gouvernements überwiegen Litauer und Weissrussen, welche im Gouvernement Grodno fast 60 Prozent der Bevölkerung, im Gouvernement Wilno fast 81, im Gouvernement Kowno 74 Prozent ausmachen. Einen gewissen Schutz für ihre Nationalität, insbesondere für ihre Sprache, werden diese Völker selbst da beanspruchen, wo sie, wie in dem eigentlichen Polen, einer überwiegend polnischen Bevölkerung gegenüberstehen. Fraglich ist es nur, welche Rechte ihnen gewährt werden können, ohne den notwendigen Charakter eines polnischen Nationalstaates zu beeinträchtigen.“

„Die Kenntnis der polnischen Sprache, wenigstens die notdürftigste Verständigungsmöglichkeit in derselben, wird von der zukünftigen polnischen Regierung auch bei denjenigen Angehörigen ihres Staates verlangt werden müssen, deren Muttersprache polnisch nicht ist. Abgesehen von anderen Gründen erfordert dies auch die militärische Ausbildung. Der moderne Krieg, der im Gefechte nicht mehr mit geschlossenen Massen operiert, hat an Stelle des früheren Kommandos die Verständigung des Führers mit seinen Untergebenen gesetzt. Daraus folgt, dass die notdürftige Kenntnis der Staatssprache schon auf der Volksschule erworben werden muss. Es folgt aber auch daraus, dass nur eine notdürftige Kenntnis auf der Volksschule dem Schüler beizubringen ist und dass im übrigen die Schule in der Muttersprache des Schülers abgehalten werden kann.“

„Das Recht, in der Muttersprache den Schulunterricht zu erteilen, kann, wie bereits oben erwähnt, nur für die nach Kopfzahl erheblichen und einigermassen geschlossen wohnenden Volksstämme in Betracht kommen. In den Weichselgouvernements wären dies Ukrainer, Litauer und Deutsche, die dieses Recht in den Bezirken ausüben könnten, welche als gemischtsprachig anzusehen sind.“

„An und für sich möchte man annehmen, dass mit einem solchen Schulprogramm den berechtigten Wünschen der Minoritäten Rechnung getragen ist. Es würde sich alsbald herausstellen, dass die Ansprüche weitergehen. Diejenigen Volksstämme, die zwar im Staate eine Minorität, in gewissen Bezirken aber eine Majorität aus-

machen, begnügen sich nicht damit, dass ihre Kinder in ihrer Sprache unterrichtet werden, sie haben vielmehr den weiteren Anspruch, ihre Sprache in ihren Wohnsitzen gebrauchen zu können, nicht nur beim Verkehr untereinander, sondern auch beim Verkehr mit den örtlichen Behörden. Durch diese immer wiederkehrende Forderung gerät der Staat in Schwierigkeiten; er sieht sich genötigt, in einem Bezirke, dessen Bevölkerung zum grossen oder überwiegenden Teil eine andere Sprache als die Staatssprache spricht, Beamte anzustellen, die entweder in Konflikt mit der Ortsbevölkerung geraten oder die, um solche Konflikte zu vermeiden, selbst bei geringerer Eignung aus der betreffenden Bevölkerung hervorgegangen sind. Da es regelmässig im Staatsinteresse liegen wird, Konflikte zu vermeiden, würden die aus den Minoritäten stammenden Beamten bevorzugt, denn man kann sie vermöge ihrer grösseren Sprachkenntnisse besser verwenden als ihre aus der Majorität hervorgegangenen Kollegen. Will man die häufig daraus entstehenden Ungerechtigkeiten beseitigen, so bleibt kaum ein anderes Mittel, als dass die Beamten des herrschenden Volksstammes gleichfalls grössere im Dienste verwertbare Sprachkenntnisse erwerben. Das ist bei alten, fest eingewurzelten Staatseinrichtungen schwer durchzuführen; es ist möglich bei einem neu zu schaffenden Staate, wie Polen. Die Beamten werden regelmässig ihre Ausbildung nicht allein auf der Volksschule, sondern auch auf einer Mittelschule (Gymnasium, Realgymnasium, Realschule usw.) erhalten haben. Auf den Mittelschulen werden regelmässig ausser der Staatssprache noch zwei Sprachen gelehrt: auf den humanistischen Gymnasien Latein und Griechisch, auf den anderen Mittelschulen zwei moderne Sprachen. Es dürfte keinen Schwierigkeiten unterliegen, an Stelle einer dieser Sprachen eine der im Staatsgebiet von den Minoritäten gebrauchte Sprache zu setzen und zum obligatorischen Lehrgegenstand derart zu erheben, dass der Schüler bei seiner Entlassung aus der Schule dieser Sprache in Wort und Schrift vollständig mächtig sein muss. In den humanistischen Gymnasien würde die zu erlernende Landessprache das Altgriechische ersetzen, welches sicherlich dem Schüler mindestens dieselben Schwierigkeiten wie jede andere Sprache bereitet und ihm im späteren Leben, von einzelnen wenigen Spezialberufen abgesehen, nur geringen Nutzen bringt. Freilich kann der gewünschte Erfolg erst nach einiger Zeit eintreten."

„In unseren Ausführungen sind bisher die Juden nicht erwähnt worden, welche in den Weichselgouvernements über 12, im Gouvernement Kowno 14, im Gouvernement Wilno 13, im Gouvernement Grodno 19 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Dass die jüdische Religion als eine vollberechtigte anerkannt wird, ebenso wie es in den übrigen europäischen Ländern, mit Ausnahme von Russland und Rumänien, bereits der Fall ist, unterliegt keinem Zweifel; auch wird bezüglich des Religionsunterrichts und der mit

demselben etwa verbundenen Erlernung des Hebräischen den Juden sicherlich keine Schwierigkeit bereitet werden. Seitdem die russischen Heere vom polnischen Boden vertrieben worden sind, hat aber eine Bewegung eingesetzt, um den Juden Rechte, nicht religiöser, sondern nationaler Natur, zu verschaffen. Diese Bewegung findet ihre hauptsächlichsten Förderer weniger unter den in Polen ansässigen Juden als unter den deutschen oder österreichischen Staatsbürgern jüdischen Glaubens."

„Die Juden in Polen, Litauen und Weissrussland sind ebenso wie diejenigen in Wolhynien und Podolien zum grössten Teil seit langer Zeit an Ort und Stelle angesessen. Eine erhebliche Zuwanderung hat in den achtziger Jahren stattgefunden, als durch die Massnahmen Alexanders III. der Aufenthalt von Juden in den Zentralgouvernements nur unter sehr grossen Beschränkungen gestattet worden ist. Seit dieser Zeit hat der Jargon zwar nicht in Polen oder Russland, wohl aber unter den nach Amerika ausgewanderten Juden eine beachtenswerte Literatur aufzuweisen. Dieser Dialekt soll nun nach dem Wunsche mancher Judenfreunde in Zukunft als Muttersprache der Juden angesehen und den übrigen in Polen vertretenen Sprachen gleichgestellt werden, so dass in Zukunft die Juden in Polen „jiddische" Schulen mit „jiddischer" Unterrichtssprache haben sollen."

„Es ist hierbei zunächst übersehen worden, dass eine derartige Identifizierung der Religion mit einer Nationalität in Zukunft auch für alle nach Polen zuwandernden Juden wirksam sein würde. So müsste, falls dieser Vorschlag angenommen wird, ein Reichsangehöriger jüdischen Glaubens, der aus Geschäftsgründen seinen Wohnsitz in dem Königreich Polen nimmt, seine Kinder dort in die jiddische Schule schicken und in dem jiddischen Jargon unterrichten lassen."

„Wichtiger sind die Folgen für die polnischen Juden selbst. Die polnischen Juden, die alle ohne Ausnahme ausser des Jargons mindestens einer Landessprache mächtig sind, werden auf diese Weise gezwungen, sich von der übrigen Bevölkerung abzusondern und eine eigene Nation zu bilden. Die Grundlage für diese Nation soll nicht zu sehr die Religion als ein Dialekt bilden, der, mag man ihn noch so hoch einschätzen, doch immer nur ein Dialekt geblieben ist. Hoch eingeschätzt wird der Jargon überdies auch von den Juden selbst nicht. Der Jargon ist früher keineswegs auf Polen beschränkt gewesen, er ist heute noch unter den Juden in Galizien, Nordungarn, Russland, Rumänien und auch zum Teil in Böhmen gebräuchlich; er war es in ganz Deutschland bis zur Emanzipation der Juden. Als die Juden in Mitteleuropa den übrigen Staatsbürgern gleichgestellt wurden, wurden auch einige Stimmen zugunsten des Jiddischen laut. Sie haben keinen Erfolg gehabt, und sicherlich können sich die deutschen Juden dazu Glück wünschen, dass sie keinen Erfolg gehabt haben. Andernfalls wären die immer mehr abnehmenden Vor-

urteile nur verstärkt worden. Ich glaube nicht, dass einer derjenigen Juden, welcher die Einführung des Jiddischen als Unterrichtssprache befürwortete und selbst in Deutschland ansässig ist, es als ein Glück bezeichnen könnte, wenn seinerzeit den deutschen Juden in Deutschland das Jiddische als Unterrichtssprache auferlegt worden wäre. Dabei war die Abschliessung der deutschen Juden in Deutschland vor 100 oder 120 Jahren keine geringere, als sie in Polen ist. Die Zahl der Juden war eine geringere, aber nur im gesamten deutschen Reich, in einzelnen Staaten geringeren Umfangs im deutschen Reiche machten die Juden einen recht erheblichen Bevölkerungsteil aus, z. B. in Frankfurt am Main, wo, wie aus Goethes „Dichtung und Wahrheit" hervorgeht, damals das Jiddische für sie dieselbe Rolle spielte, wie heute für die polnischen Juden. Es ist nicht recht erfindlich, weshalb die polnischen Juden in ein Verhältnis gebracht werden sollen, welches notwendig eine Ausnahmestellung für sie zur Folge haben muss, während in allen anderen Ländern die Juden daraus, dass sie allen übrigen Staatsbürgern in jeder Weise gleichgestellt wurden, entschieden nur Vorteile gezogen haben."

„Kann es somit im jüdischen Interesse nicht als wünschenswert bezeichnet werden, dass ein doch schliesslich recht tiefstehender Dialekt zu einer Landessprache erhoben wird, so entsteht doch die Frage, welche Sprache für die Juden, die einen so grossen Teil der polnischen Bevölkerung ausmachen, in Betracht kommen soll. Von deutscher Seite wird vielfach hervorgehoben, dass die Juden polonisiert werden würden, wenn das Jiddische nicht den Rang einer Landessprache bekäme. Darauf ist zu erwidern, dass Deutschland ein selbständiges Polen schaffen will und dass es deshalb keine Einwendungen erheben wird, wenn die Juden sich polonisieren lassen wollen. Wie bereits erwähnt, sind die Juden in Polen und Westrussland nicht allein des Jiddischen, sondern auch mindestens einer Landessprache, meistens aber mehrerer mächtig. Ich möchte bezweifeln, dass ein Jude im nördlichen Teile des Gouvernements Suwałki nicht ausser Polnisch auch Litauisch beherrscht, ebenso, dass ein Jude in Chołm nicht auch Ukrainisch kann. Es ist somit für die Juden leicht, die Sprache zu wählen, in der er seine Kinder, wenigstens in der obligatorischen Volksschule, unterrichten lassen will. Wenn wir auf unseren früheren Vorschlag bezüglich Berücksichtigung der Landessprache beim Volksschulunterricht zurückkommen, so brauchen diejenigen Juden, welche ihre Kinder nicht in die polnische, sondern in die litauische, ukrainische oder deutsche Volksschule schicken wollen, nur sich in die Register der betreffenden Minoritäten einzutragen, um dadurch die Zahl der Schulsteuerpflichtigen für die betreffende Schule zu vermehren. Freilich werden auf diese Weise die Juden allmählich in der betreffenden Nationalität aufgehen, aber das ist doch, was jeder wünschen kann, wenn nur die Religion nicht angetastet wird. Es kann unmöglich der Wunsch

sein, dass die polnischen Juden auch in Zukunft ein Fremdvolk in Polen bilden sollen, nachdem man sich lange Zeit hindurch dagegen gewandt hat, dass sie im russischen Reich kraft ihrer Religion zu den Fremdvölkern gerechnet und als solche schlechter als die übrigen Staatsbürger behandelt wurden."

Polnische Presse.

Zur russischen Revolution.

Der Korrespondent des Warschauer **„Kurjer Polski"** hatte eine Unterredung mit den Mitgliedern des Staatsrates, Łempicki und Śliwiński, die genaue Kenner der inneren Verhältnisse Russlands sind. Ueber die letzte Revolution äusserte der Direktor des Departements für innere Angelegenheit, Michał Łempicki, folgendes:

Es fällt schwer heute schon etwas genaues zu sagen, doch unterliegt es für mich keinem Zweifel, dass die gegenwärtige Revolution Russland keine Wiedergeburt bringen wird, da seine Entwicklung noch für eine geraume Zeit in einem Engpass stecken bleibt. Ich glaube es nicht, dass die Revolution sich ihrer Kraft und der ihr eigentlich zukommenden Mission bewusst ist, und dass sie planmässig durchgeführt wird, ich halte sie vielmehr für einen Ausbruch der Verzweiflung und Ungeduld.

Die Leute, die ans Ruder gelangt sind, sind so durchtränkt von dem Bürokratismus, von dem Verlangen nach Macht um der Macht willen und in solchem Masse von dem System der russischen Staatlichkeit zerfressen. dass sie schliesslich ihre wahre Natur nicht lange werden verleugnen können, und die ideal Gesinnten sich alsbald in Bürokraten verwandeln dürften.

Das Beispiel Protopopows wirkt symptomatisch. Ich kannte ihn persönlich, er war ein liberaler Mensch von feinsten Umgangsformen und Manieren, der sich den Anschein eines „Europäers" und Verteidigers des Volkswillens gab. Und was geschah mit ihm? Bereits in einigen Tagen verwandelt er sich in eine Stütze der Reaktion, des Thrones und der Bürokratie. Und diesen Weg werden höchstwahrscheinlich die gegenwärtig siegreichen Liberalen schreiten.

Miljukow, der sein ganzes Leben im Kampf und im Bemühen um die Erlangung des Portefeuils des Ministers für auswärtige Angelegenheiten verbracht hat, wird diese Würde vermutlich jetzt wohl erhalten. Das wäre die Realisierung eines Traumes, um welche der Führer der Kadettenpartei mit der Regierung gekämpft hat, indem er sich mit allen Mitteln um dieses Portefeuil bemühte.

Es ist höchst interessant, wie sich das Verhältnis zwischen dem Regenten Michael und dem Grossfürsten Nikolaj Nikolajewitsch entwickeln wird. Denn, wie allgemein bekannt, befand sich Fürst Michael in Ungnaden wegen seiner gegen den Willen des Kaisers und des Hofes geschlossenen Heirat. Dennoch blieb er der Liebling der Kaiserin-Witwe, die oftmals noch vor Ausbruch des Krieges zu

seinen Gunsten intrigiert hat, zuerst damit er wieder in Gnaden aufgenommen werde, später sogar, um ihn auf den Thron zu setzen.

Sehr charakteristisch ist die Durchführung der Revolution unter der Kriegsparole. Diese Parole ist zweifellos auf die Gewinnung der breiten Militärmassen berechnet. Und höchstwahrscheinlich hat man nur dank derselben die Zusage der höheren Offiziere und die begeisterte Zustimmung des Heeres erlangt, was für den Erfolg der Revolution entscheidend war.

War diese Parole ehrlich gemeint und beabsichtigen die Kadetten- und Oktobristen-Parteien ihre Verwirklichung, so dürfte dies den vermehrten Einfluss Nikolaj Nikolajewitsch nachsichziehen.

In diesem Falle wird nicht der Regent Michael, sondern Grossfürst Nikolaj ans Ruder kommen. Diente diese Parole jedoch lediglich als Agitationsmittel, so kann natürlich keine Rede sein von einem vermehrten Einfluss des Grossfürsten.

„Głos Stolicy" Organ des Warschauer Zentrums, schliesst (No 17) seine Betrachtungen über die Revolution folgendermassen:

Augenblicklich erachten wir es unumgänglich notwendig, zwischen uns und der Wohnung des gefährlichen Patienten die strengste Isolierung durchzuführen. Nicht der geringste Windhauch soll aus diesem Krankenhaus unsere freiheitliche Atmosphäre verpesten, die wir auf der Grundlage von Ordnung und Recht erbaut haben, und die wir nun endgültig einmal einatmen müssen, um unsere von der östlichen Fäulnis vergifteten Lungen zu heilen.

Wir gehören nicht mehr zu Russland; seine Reformen berühren uns nicht; ob Russland nach vorwärts oder rückwärts Sprünge unternimmt, uns wird es künftig weder in einen Strudel noch in einen Abgrund mit sich hineinreissen. Wir gehen unsere eigenen Wege und sehen mit Freude, wie das Gebäude zu Schutt zerfällt, in dessen finsteren Kellerlöchern wir noch vor kurzem in Ketten klirrten.

„Nowa Gazeta". Organ der Linken, drückt (No. 137) sein Misstrauen der Miljukow'schen Polenpolitik aus und schliesst: „Wir müssen uns von der Idee leiten lassen, dass Polen vom Fundament aus und auf Grund der bereits erlangten Rechte aufzubauen ist. Vor allen Dingen müssen wir eine Armee schaffen, denn sogar schon Friedrich der Grosse sagte: Der gute Gott ist immer auf der Seite der stärksten Regimenter".

Der polnische Mitarbeiter der „Nya Dalight Allehanda" in Stockholm schreibt der **„Frankfurter Zeitung"** zufolge:

Niemals haben tiefere Gefühle Polen mit dem russischen Osten verbunden. Die russische Revolution wird auf die Organisation des polnischen Staates kaum einen merkbaren Einfluss ausüben. Die Legion führt nicht einen sozialen Kampf gegen die Autokratie, son-

dern erfüllt im offenen Krieg mit Russland die ererbte nationale Aufgabe. Die Abdankung des Zaren vereinfacht die Bildung des polnischen Heeres wesentlich. Selbst die gewissenhaften Legitimisten fühlen sich jetzt frei von der letzten Verpflichtung gegen Russland. Der Sturz des Zaren wird hoffentlich auch die deutsch-polnische Versöhnung fördern; vielleicht sehen die Alldeutschen jetzt die Gefahren des russischen Nationalismus ein und hören auf, der ehrlichen Politik des Reichskanzlers in der Polenfrage Hindernisse in den Weg zu legen.

✱✱✱✱ Vom Büchertisch. ✱✱✱✱

Dr. Edward Rose: Die Grossindustrie des Königreichs Polen (Studien zur sogenannten Theorie der östlichen Absatzmärkte), Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde, genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

Die Arbeit umfasst 6 Abschnitte, von denen leider nur der 5 Abschnitt „Die polnische Industrie im russischen Wirtschaftsleben" im Druck ganz vorliegt. Der Verfasser hat alle Literatur, die über die Entwicklung, die Lage und die Tendenzen der polnischen Grossindustrie veröffentlicht worden ist, mit besonderem Fleiss durchgearbeitet und bietet eine ausgezeichnete Einführung in das gegenwärtig so wichtige Verständnis der wirtschaftlichen Verhältnisse der polnischen Grossindustrie. Der Verfasser behandelt in akademischer Darstellung 1. die industrielle Entwicklung und die politischen Tendenzen, 2. die Bedeutung der Industrie in der polnischen Volkswirtschaft, 3. das Königreich Polen im russischen Wirtschaftsgebiete, 4. die Gestaltuug der polnischen Grossindustrie unter dem Einfluss der Zugehörigkeit zum russischen Wirtschaftsgebiete. 5 die polnische Industrie im russischen Wirschaftsleben, und 6. der industrelle Austausch zwischen dem Königreich Polen und Russland. Von besonderem Wert sind die Darlegungen über die Interessengegensätze und Interessenzusammenhänge zwischen der polnischen und russischen Industrie, sowie über die Beeinflussung der polnischen Grossindustrie durch die Politik der russischen Syndikate, worüber dem Verfasser besondere Quellen zugänglich waren.

Als Beitrag zu der Theorie der östlichen Absatzmärkte (man versteht unter dieser Bezeichnung in den Kreisen der polnischen Volkswirte die Lehre von der Wirtschaftsgemeinschaft mit Russland) bringt die Arbeit zahlreiche, in der deutschen Publizistik neue Gesichtspunkte zur unbefangenen Beurteilung der wirtschaftlichen Zusammenhänge Polens mit Russland und bietet ein vorzügliches Ma-

terial für eine Würdigung der in einer nahen Zukunft der polnischen Grossindustrie bevorstehenden Neuorientierung unter der geänderten, neuen, politischen Konstellation.

NOTIZEN.

Politisches.

Die politische Kommission des Wiener Polenklubs über die polnischen Fragen. Am 13. d. M. fand unter dem Vorsitze des Obmannes Ritter v. Biliński eine Sitzung der politischen Kommission des reichsrätlichen Polenklubs statt. Obmann v. Biliński teilte zunächst der Kommission den Verlauf seiner Audienz beim mit Kaiser Karl und berichtete sodann über die Konferenz des Subkomitees der politischen Kommission mit dem Minister des Aeusseren Grafen Czernin sowie über die Konferenz des Präsidiums des Polenklubs mit dem Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic. Der Klubobmann wies sodann auf die Bedeutung der im Zuge befindlichen Aktion zwecks Realisierung des Manifestes vom 5. November 1916 hin und besprach in allgemeinen Grundrissen die Beratungen der parlamentarischen Kommission über die Frage der Sonderstellung Galiziens. Die Kommission drückte nach längerer Debatte einmütig die Ueberzeugung aus, dass es im wesentlichsten staatlichen Interesse der polnischen Nation liege, die vollkommenste Verwirklichung des Manifestes vom 5. November 1916 zu verlangen, mit welchem die Schaffung des polnischen Staates gesichert wurde. Die Kommission gab ferner der einmütigen Anschauung Ausdruck, dass das Allerhöchste Handschreiben vom 4. November 1916 über die Sonderstellung Galiziens als ein mit der angekündigten Errichtung des polnischen Staates paralleler Akt verwirklicht werden müsse unter Sicherung der vollen wirtschaftlichen und finanziellen Selbstständigkeit des Landes und unter Berücksichtigung aller Pflichten gegenüber dem Staate und dem Staatswohle.

Der zukünftige schwedische Botschafter am polnischen Hofe. Der schwedische Geschichtsprofessor Helge Almquist, der Ende Februar ds. Jahres als Legationsrat an die schwedische Botschaft in St. Petersburg beordert worden ist, wird von gut informierten Kreisen in Schweden (Vrgl. „Dagens Nyheter" vom 2. März ds. J.) als der zukünftige schwedische Botschafter am polnischen Hofe angesehen. Seine St. Petersburger Mission soll als Vorbereitung für seine zukünftige Würde in Polen dienen. Prof. Helge Almquist hat zahlreiche wissenschaftliche Forschungen über Polens Geschichte veröffentlicht, beherrscht ziemlich gut die polnische Sprache und gehört in Schweden der konservativen Partei an. Anfang 1914 hat er eine

Brochüre herausgegeben, die zur Rüstung Schwedens gegen Russland aufrief.

Die Arbeiterklasse von Zawiercie an den Staatsrat. Die arbeitenden Stände von Zawiercie haben an den Staatsrat eine Adresse gerichtet, in welcher dem Staatsrat Huldigung und Anerkennung ausgedrückt wird. Weiter wird das Entstehen des Arbeiterdepartements mit Freude begrüsst und folgende Forderungen der werktätigen Bevölkerung formuliert: Fürsorge für die Wanderarbeiter, Einrichtung öffentlicher Arbeiten, Krankenkassen, Arbeiterversicherung, Kinderhorte für Arbeiterkinder, Lebensmittelversorgung u. dgl. Zum Schluss wird dem Leiter des Arbeiterdepartements, Włodzimierz Kunowski, dem Vertreter der werktätigen Bevölkerung im Staatsrat, das Vertrauen ausgedrückt.

Wohltätigkeit.

Vom polnischen Hilfskomitee in Vevey. „Das General-Hilfskomitee für die Kriegsopfer in Polen", dessen Sitz in Vevey ist, veröffentlichte kürzlich den vierten halbjährigen Kassenbericht für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1916. Im Verlauf dieser Zeit sandte das Komitee nach Polen im Ganzen 2,996,541 Frcs. und zwar: für das Königreich 2,214,962 Frcs. 98 Cts., für Galizien 514,402 Frcs. 65 Cts., für die durch Deutschland okkupierten Gebiete Litauens 142,000 Frcs., für die polnischen Emigranten in Oesterreich 20,900 Frcs., für die polnischen Emigranten in Russland 39,487 Frcs., für die dem Kriege zum Opfer gefallenen Polen in der Schweiz 16,720 Frcs. 95 Cts. für die polnischen Kriegsgefangenen 88,152 Frcs. 96 Cts., für diverse Unterstützungen 9.964 Frcs. 45 Cts. zusammen 2,996,541 Frcs. 19 Cts. Der gesamte, von dem Komitee für die Dauer seines Bestehens und zwar vom 9. Januar 1915 bis zum 31. Januar 1916, gesammelte Betrag beläuft sich auf 15,438,475 Frcs. 58 Cts. Davon wurden für Unterstützungen 15,134,538 Frcs. 19 Cts. verausgabt.

Der ausführliche Bericht erwähnt: Das Komitee half in dem letzten Halbjahr, wie auch in den vorhergehenden, der am meisten notleidenden Dorf- und städtischen Bevölkerung, ohne Glaubensunterschied, vermittels der jeweiligen ortsansässigen Komitees, die aus einheimischen Vertrauensmännern bestanden. Bei der Verteilung bedachte man besonders verlassene und heimatlose Kinder, für die man in dem letzten Berichts-Halbjahr zur Verfügung der dortigen Komitees 342,625 Frcs. 65 Cts., sowie 20 Waggons kondensierte Milch übersandte.

Litauen.

Zusammenlegung der Verwaltungen Litauen und Wilna-Suwałki. Zwecks Herbeiführung von Vereinfachungen im Etappendienst des Ostheeres

ist vom Oberbefehlshaber Ost zum 15. März 1917 die Zusammenlegung der beiden Verwaltungen Litauen und Wilna-Suwalki zu einer einheitlichen Verwaltung mit dem Sitz in Wilna befohlen. Zum Chef dieser Verwaltung ist der Rangälteste der beiden Verwaltungschefs, Oberstleutnant à la suite der Armee, Fürst von Isenburg-Birstein, ernannt worden. Der bisherige Chef der Verwaltung Wilna-Suwalki, Major Graf Yorck von Wartenburg, scheidet seinem Wunsche entsprechend aus dem Dienst aus, um seine Kräfte der Heimat zu widmen. Die Bekanntmachung des Oberbefehlshabers Ost lautet;

„Die Deutsche Verwaltung für Litauen und die Deutsche Verwaltung für Wilna-Suwalki werden mit dem 15. März 1917 zu einer einheitlichen Etappenverwaltung vereinigt, welche die Dienstbezeichnung „Militärverwaltung Litauen“ führt mit dem Standort in Wilna.

Zum Chef der Militärverwaltung Litauen wird der Oberstleutnant á la suite der Armee Fürst von Isenburg-Birstein, Durchlaucht, ernannt.

Die von dem Chef der bisherigen Verwaltung Wilna-Suwalki erlassenen Verordnungen bleiben bis zu ihrer ausdrücklichen Aufhebung in Kraft.“

Wie das Wolffsche Telegraphen-Büro erfährt, hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr **Zimmermann**, vor einigen Tagen eine **Abordnung von Litauern** aus dem besetzten Gebiete empfangen. Der Staatssekretär hat die von der Abordnung ihm vorgetragenen Wünsche angehört und im Laufe der Unterhaltung zum Ausdruck gebracht, dass die Kaiserliche Regierung der litauischen Bevölkerung das grösste Wohlwollen entgegenbringe und beim Friedensschluss ihren Wünschen nach Erlangung einer weitgehenden Selbstverwaltung volles Entgegenkommen zeigen werde.

Wirtschaftliches.

Die polnische Landes-Darlehnskasse. Im April ds. Jahres tritt das erste polnische Finanzinstitut, die Landes-Darlehnskasse, ins Leben, die die polnische Währung einführt und von grösster Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben des Landes sein wird. Der Rubel wird damit als Zahlungsmittel verschwinden, an seine Stelle tritt die polnische Mark, die der Reichsmark völlig gleich gestellt ist. Die polnischen Darlehnskassenscheine haben den Charakter eines rein polnischen Geldzeichens. Unter Mitwirkung polnischer Künstler ist ein in Form und Ausführung recht gefälliges Geldzeichen entstanden. Auf jeder Note befindet sich der weisse polnische Adler im roten Felde; der Text ist in polnischer Sprache gehalten. Die Scheine werden in Stücken von $^1/_2$ Mark, 1 Mark, 2 Mark, 5 Mark, 10 Mark, 20 Mark, 50 Mark, 100 Mark, 500 Mark und 1000 Mark

ausgegeben. Ausserdem gelangen noch polnische Scheidemünzen in Stücken zu 5, 10 und 20 Pfennig zur Ausprägung, die gleichfalls den polnischen Adler und polnische Wertangaben zeigen werden.

Kultur.

Die polnische Wissenschaft hat zwei schwere Verluste erlitten. In Warschau starb im Alter von 66 Jahren Bronisław Znatowicz, ein namhafter Chemiker und verdienstvoller Herausgeber mehrerer Fachzeitschriften. U. A. hat er dreissig Jahrgänge des polnischen „Kosmos" redigiert.

Dr. Józef Nusbaum-Hilarowicz, Professor an der Lemberger Universität, verschied am 18. d. M. Als Zoolog hat er einen europäischen Ruf genossen. Seine Arbeiten auf dem Gebiete per Anatomie und Histologie sind in mancher Beziehung bahnbrechend. Prof. Nusbaum-Hilarowicz hat sich auch als Popularisator, besonders aber als Pädagog, grosse Verdienste erworben.

Errichtung einer theologischen Fakultät in Warschau. Die Errichtung einer theologischen Fakultät an der Warschauer Universität befindet sich in der Vorbereitung. Die geistliche Behörde schritt an die Vorbereitung der Satzungen der Fakultät, wobei sie sich durch die von Rom aus erhaltenen Instruktionen leiten lässt. Die Eröffnung der Fakultät wird nach Genehmigung der Satzungen durch die Okkupationsbehörden erfolgen. Die Kandidaten für die Stellungen eines Dekans und der Professoren sollen aus der Mitte der lokalen Geistlichen, die sich durch ihre Arbeiten und Studien auf dem Gebiete der Theologie einen Namen gemacht haben, gewählt werden.

Erfolg eines polnischen Kunstwerkes in Deutschland. Die „Schlesische Zeitung" vom 11. März berichtet aus Breslau: „Różyckis Oper Eros und Psyche erfuhr bei ihrer gestrigen Uraufführung einen vollen sensationellen Erfolg. Schon nach dem dritten Bilde steigerte sich der Beifall zu tumultuarischer Kundgebung, der anwesende Komponist wurde gerufen. Am Schlusse der Oper nahm der Beifall kein Ende. Immer wieder wurde Różycki von den Künstlern hervorgeholt, auch Intendant Runge, der die Oper glänzend inszeniert hatte, und Kapellmeister Prüwer mussten sich zeigen und nahmen an dem begeisterten Dank des vollbesetzten Hauses berechtigten Anteil."

Dem „Berliner Tageblatt" wird geschrieben: Eine hervorragende Schöpfung slavischer Tonkunst hat am Sonnabend in Breslau, der alten Mittlerin zwischen dem deutschen und dem slavischen Kulturkreise, ihre erste Verkörperung im Stadttheater gefunden; die Oper „Eros und Psyche" des vierunddreissigjährigen Polen Ludomir Różycki.

„Es war ein grosser Erfolg. Eine Musik modernsten Gepräges, die schnell den Hörer in ihren Bann zwingt, wenn auch manches zu-

erst befremdet, voll bunten Farbenreichtums und eigenartiger Melodik, klangschön, aber auch vor den grellsten Dissonanzen nicht zurückschreckend, meist lyrisch, doch auch vielfach von dramatischer Wucht, immer aber interessant; eine Dichtung von grosser Schönheit und einem Gedankengehalt, wie ihn sonst ein Opernbuch nicht zu bergen pflegt; eine vorzügliche Darstellung; eine glänzende Führung des Orchester, das Ausgezeichnetes leistete. Bühnenbilder von malerischer Schönheit und Pracht — das alles vereinte sich zu einem Gesamteindruck von tiefer Wirkung." — „Jerzy Żuławski ist der Schöpfer der ergreifenden Dichtung. Aus Freundschaft für den Komponisten hat er ein Drama, das seit vielen Jahren in Polen und Russland gespielt wird, selbst zum Operntext umgearbeitet. Stefania Goldenring und Felicitas Leo haben den polnischen Text musterhaft ins Deutsche übertragen und bearbeitet."

Verwaltung.

Einrichtung weiterer Kurse für polnische Verwaltungsbeamte. Die Oberleitung der Verwaltungskurse in Warschau gibt folgendes bekannt:

Nachdem der erste Kursus für mittlere Verwaltungsbeamte beendet ist, werden demnächst in Erkenntnis der Nützlichkeit dieser Einrichtung zwei weitere eingerichtet werden und zwar:

1. ein fünfmonatiger Abendkursus, welcher am 12. März beginnt und bis zum 4. August dauern wird. Der Unterricht wird in der Zeit von $6^1/_4$ bis 9 Uhr stattfinden;

2. ein dreimonatiger Tageskursus, welcher am 16. April beginnt.

Meldungen für beide Kurse können bei der Kursleitung, Krakauer Vorstadt 86, niedergelegt werden.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter".

Aachener Tageblatt, 26. XI. 1916.

Seit einem Jahre erscheint in Berlin unter diesem Titel eine von Polen herausgegebene deutsche Zeitschrift. Beseelt von der Idee einer deutsch-polnischen Aussöhnung auf Grund der Wahrung beiderseitiger Interessen, vertritt sie ihr Programm durch hervorragende deutsche und polnische Politiker und Schriftsteller. In jeder Nummer bringt sie ferner Informationen aus dem polnischen Leben. Heutzutage, da die polnische Frage ins letzte Stadium der Behandlung seitens der Zentralmächte getreten ist, gewinnen die „Polnischen Blätter" besondere Bedeutung.

Berliner Tageblatt, Nr. 568:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „P o l n i s c h e B l ä t t e r". Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46.

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten 8 Hefte vor . . . . — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von F e l d m a n oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 558 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter" zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43.

Herr W. Feldmann, der als herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder. sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleistet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung" von K. v. Srokowski . . .

Kieler Zeitung, Nr. 307, 1916:

„Die P o l n i s c h e n B l ä t t e r, die seit Kurzem in Berlin erscheinen, . . vertreten die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Polen in dieser Entscheidungszeit."

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blatter" bringt.

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären.

Strassburger Post, 28. Dezbr. 1915:

Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnichen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhälnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber".

Die Welt am Montag, 21. August 1916.

„Es ist mit Dank zu begrüssen, dass die in Berlin seit fast Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Poln. Bl." uns . . . einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen [illegible]